

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Land dem Volke!

Sozialdemokratischer Vorschlag zur Bodenreform.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in eingehenden Verhandlungen mit dem Stande der Siedlungsgesetzgebung und der Bodenreform beschäftigt. Sie hat jetzt dem Reichstag folgenden Antrag unterbreitet:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung und Bodenbenutzung ist unverzüglich durchzuführen. Ihr Ziel muß die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages sein. Von diesem Grundsatze ausgehend ist die Frage der Betriebsgröße unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas, der Möglichkeiten der Bodenbearbeitung und des Grades der Ausnutzung unter Anwendung der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte, der Verkehrswege usw., zu beurteilen.

Bei dieser Reform sollen folgende Richtlinien gelten:

I. Die Betriebsgrößen von mehr als 750 ha landwirtschaftlich oder 100 ha forstwirtschaftlich benutzten Bodens sind verpachtet, den überschüssigen Teil an das Reich abzutreten. Als angemessene Entschädigung ist der für die Veranlagung zur Vermögenssteuer festgesetzte Wert der Grundstücke zu zahlen.

Die Verwertung dieses Bodens soll folgendermaßen erfolgen: 1. Der Wald verbleibt dauernd im Eigentum des Reiches. Das Reich kann die Nutzung und Verwaltung den Ländern übertragen. Auch jede Waldnutzung in anderer Besitzform ist der staatlichen Forstaufsicht zu unterstellen.

2. Bei der Verwertung des landwirtschaftlichen Bodens sind nach Möglichkeit die Bedürfnisse der Siedlung

in ihren verschiedenen Formen zu berücksichtigen: Landwirtschaftliche Neusiedlung, Anliegersiedlung, Gartensiedlung, Heimstätten-siedlung, Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und andere landbesitzlose Gemeindeglieder. Bäuerliche Neusiedlungen und alle entwicklungs-fähigen Kleinwirtschaftlichen Betriebe sind bis zur Mindestgröße einer Udnahrung zu gestalten. Geschlossene Güter können unter Mitwirkung der Angehörigen und Arbeiter bei der Verwaltung in öffentliche Bewirtschaftung (Reich, Länder, Gemeinden) übernommen werden. Auch können Genossenschaften berücksichtigt werden, wenn eine sachgemäße Bewirtschaftung gewährleistet ist. Der enteignete landwirtschaftliche Boden bleibt Eigentum des Reiches und darf zur Nutzung nur in langfristiger Pacht, Erbpacht oder nach Heimstättenrecht vergeben werden. Soweit der enteignete Boden bisher in bäuerlichen Estellen oder Parzellen verpachtet war, soll den Pächtern, die eine Gewähr für sachgemäße Bewirtschaftung bieten, die Benutzung des Bodens in Erbpacht gestiftet werden.

3. Die auf dem enteigneten Boden bisher beschäftigten Arbeiter sollen bei seiner Verwendung als Siedlungsland in erster Linie als Siedler berücksichtigt werden.

4. Arbeiter und Angestellte, die durch die Aenderung der Besitzverhältnisse ihre Arbeitsstätte verlieren, sind in anderer Form schädlos zu halten.

II. Bei jedem Grundstücksverkauf ist dem Reich, dem Staat oder der Gemeinde das

Vorkaufs- oder Ankaufrischt zu sichern.

III. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Klein- und Mittelbetriebe ist mit öffentlichen Mitteln zu fördern, ebenso alle Bestrebungen, die dem unmittelbaren Austausch zwischen den Erzeugern und Verbrauchergenossenschaften dienen.

IV. Die bestehenden Pachtverhältnisse sind auszubauen mit dem Ziel, die Interessen des kleinen Pächters zu stärken gegenüber privaten Grundherren, die lediglich Rente beziehen, ohne der Volkswirtschaft einen Dienst zu leisten. Besonders ist den bäuerlichen Pächtern, die eine bestimmte Reihe von Jahren das Land bewirtschaftet haben, sichere Gewähr gegen Entziehung des Landes zu schaffen.

V. Zur Versorgung der landbedürftigen Bevölkerung mit Pachtland ist ein

Kleinpachtlandgesetz für das ganze Reich zu erlassen (§ 8 der Ringorten- und Kleinpachtordnung), wie solche Gesetze bereits in Braunschweig, Hamburg, Lippe, Schaumburg-Lippe und Bremen mit gutem Erfolge erlassen worden sind.

VI. Die bestehenden Kleingärten sind zu schützen, die Anlage neuer Kleingärten ist zu fördern. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist die dauernde Anlage von Kleingärten von vornherein zu berücksichtigen.

VII. 1. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sollen verpflichtet sein, bei vorhandenem Bedürfnis für Heimstätten- und Gartenland besondere Teile ihres Gebietes zu Siedlungsbezirken zu erklären. Innerhalb dieser Bezirke sollen sie das Recht haben, die zum Bau von Heimstätten, zur Anlage von Gärten und für öffentliche Zwecke notwendigen Grundstücke, falls sie nicht freiwillig erworben werden können, zu enteignen. Die Entschädigung ist auf der Grundlage des Steuerwertes der Grundstücke zu berechnen.

2. Die Enteignung von kleinem Grundeigentum, das der Eigentümer selbst gärtnerisch oder landwirtschaftlich nutzt, soll innerhalb dieser Bezirke nur zulässig sein, wenn Grundstücke von gleicher Ertragsfähigkeit als Entschädigung angeboten werden.

3. Zur Durchführung solcher

Heimstätten- und Gartenpolitik steht den Gemeinden (Gemeindeverbänden) das Vorkaufsrecht und in den Fällen des dringenden öffentlichen Bedürfnisses, insbesondere zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Anlage von Bebauungsplänen, das Enteignungsrecht zu.

VIII. Durch ein alsbald zu erlassendes Bodenbewertungsgesetz ist auf der Grundlage des Steuerwertes eine Norm aufzustellen, die für alle aus der Siedlungsgesetzgebung entspringenden Entschädigungen und Verkaufsbeteiligungen maßgebend ist.

IX. In Ausführung des Artikels 133 Abs. 3 und Artikels 135 Abs. 3 der Reichsverfassung: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste“ und „die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft“, ist alsbald ein Reichsbodenbewirtschaftungsgesetz zu erlassen, das gewisse Mindestforderungen für die landwirtschaftliche Bodenbenutzung vorschreibt und den Rückfall in extensivere Wirtschaftsform verhindert.

1. Als Grundlage für dieses Bodenbewirtschaftungsgesetz soll dienen das vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft im Winter 1921/22 aufgestellte und lebhaft propagierte Produktionsprogramm. Nach dem Wortlaut dieses sogenannten „Hilfswerkes der deutschen Landwirtschaft“ sollen nachstehende Aufgaben erfüllt werden:

Intensivere Bodenbearbeitung und planmäßige Bodenverbesserung, zweckentsprechende und verstärkte Düngung, Förderung der Pflanzenzucht, richtige Sortenwahl, zweckentsprechender Wechsel des Saatgutes, planmäßige Unkraut- und Schädlingsbekämpfung, Vermehrung und Verbesserung des Hackfruchtbaues, Verallgemeinerung der Verwendung zweckmäßiger Maschinen, gesteigerte und verbesserte Futtermittelherstellung, Hebung und Förderung der Viehzucht, insbesondere zur Vermehrung von Milch und Fett, durchgreifende Bekämpfung der Tierkrankheiten.

2. Besitzer, die sich hartnäckig weigern, ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen und die Ausnutzung des Bodens vernachlässigen, soll die Bewirtschaftung des Betriebes zeitweise oder dauernd entzogen werden. Auch ist in solchen Fällen die Enteignung ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße zulässig.

3. Alle über den einzelnen Betrieb hinausgreifenden Bodenverbesserungen im großen, wie Flurbereinigung, Drainage, Bewässerung, Raar- und Deblandkultur, sind mit öffentlichen Mitteln energisch zu fördern.

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei fordert, daß der Grund und Boden der kapitalistischen Ausbeutung entzogen und in den Dienst der Volksgemeinschaft überführt werden soll. Die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der breiten besitzlosen Massen, für welche die Regelung der Bodenverteilung eine Lebensfrage ist, muß dem Volke bekanntgeben, wie dieser wichtige Grundsatze des Programms seiner Verwirklichung entgegengeführt werden soll. Kein Zweifel, daß die heutige, auf eine Jahrhundertlang währende systematische und brutale Klassenpolitik zurückgehende Grundbesitzverteilung für die Massen in Stadt und Land immer untragbarer wird. Kein Zweifel auch, daß diese Erkenntnis in den letzten Jahren lamenartig um sich gegriffen hat und daß heute Millionen die Lösung der Bodenfrage mit ganz anderer Energie verlangen als im Jahre 1914. Und ebensowenig kann darüber ein Zweifel sein, daß es sich hierbei nicht, wie das berühmte Räthsel lautet, um die Hehe einiger berufsmäßiger sozialistischer Agitatoren handelt, sondern daß der gesunde Urinstinkt des Volkes das Richtige trifft, wenn er die Lösung der Bodenfrage als einen Teil, und zwar einen wichtigen Teil der sozialen Reform verlangt, die zur Überwindung des Kapitalismus führen soll.

Nichts wäre weniger sozialistisch und nichts törichter, als wenn man alle die vielgestaltigen Probleme, welche die Bodenreform stellt, nach einem kurzen Schema lösen wollte. Insbesondere kann es sich nicht darum handeln, etwa das gesamte Privateigentum an Grund und Boden aufzuheben und durch gesellschaftliches Eigentum zu ersetzen. Der Kampf des Sozialismus hat von seinen Anfängen an nur dem kapitalistischen Eigentum, dem Ausbeutereigentum, dem Bodenmonopol, gegolten. Das sagt schon klar das Kommunistische Manifest. Es ist aber immer offen anerkannt, daß es Formen des Eigentums gibt, in denen von der Ausbeutung eines Menschen durch andere nicht die Rede ist. Der Arbeiter, der neben seiner Berufsarbeit eine kleine Parzelle bestellt und über sein kleines Eigentum froh ist, und der Bauer, der mit seiner Familie in unermüdlicher Arbeit seine Scholle von früh bis spät bearbeitet, sie sind keine Monopolisten; ihnen dient die eigene Scholle nur zur Grundlage eigener Arbeit. Ihr Boden ist lediglich ein Arbeitsinstrument.

Aber es gibt andere Formen des Bodeneigentums. Denken wir an die Latifundienbesitzer im Osten, im Westen und im Süden des Reiches. Sie nennen Tausende von Hektaren wertvolles Acker- und Waldbodens ihr eigen. Mit welchem Rechtstitel? Vor Jahrhunderten haben es ihre Vorfahren durch Gewalt und Rechtsbeugung unter Knechtung der Landbevölkerung zusammengebracht. Die gefügige Staatsgewalt des alten Klassenstaates ist ihnen dabei behilflich gewesen und hat ihnen stets den sicheren Genuß dieses Eigentums verbürgt. Ist es für sie auch die Grundlage eigener

Arbeit wie für die Arbeiter und Bauern? Nein! Hier ist der Boden die Grundlage eines wirtschaftlichen, sozialen und politischen Monopols. Er ist Herrneigentum, Renteneigentum. Er dient nur dazu, anderen Menschen den freien Zugang zum Boden zu versperren, sie in Abhängigkeit von den Grundherren zu halten und ihm aus ihrer lauren Arbeit eine arbeitslose Rente zu sichern. Diese großen Besitzungen sind vielfach verpachtet, teils als große Güter nach Art der Staatsdomänen, teils als Bauernhöfe oder kleine Parzellen. Und auch wo eine eigene grundherrliche Verwaltung — wie häufig beim Waldbesitz — stattfindet, spielt die Arbeit des Eigentümers keine Rolle. Die fürstliche oder gräfliche Rente sammelt die Einkünfte und liefert sie dem Grundherren ab.

Das ist die Rolle der Latifundienbesitzer, für deren Existenz es keinerlei politische, soziale und moralische Rechtfertigung gibt, da sie keinerlei volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit leisten. Besonders empörend muß dies wirken, wenn man bedenkt, daß diese Eigentümer, denen die unerhörten Holzpreise, die das gesamte Wirtschaftsleben so schwer belasten, große Monopolgewinne ermöglicht haben, zu den Steuern nur verschwindend wenig beitragen. Werden doch diese reichen Besitzungen zur Zwangsankleihe und zur Vermögenssteuer nur mit dem Bierzigfachen des Beitrages herangezogen, der bekanntlich schon vor dem Kriege eine Prämie für Steuerhede war.

Es ist bezeichnend, daß wir keine Statistik darüber haben, wie groß der Latifundienbesitz in Deutschland eigentlich ist. Wir haben nur eine Betriebsstatistik, die uns sagt, wieviel landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe von bestimmten Größenklassen es 1882, 1895 und 1907 in Deutschland gegeben hat. Aber diese Statistik sagt uns nichts über die Verteilung des Eigentums. Wenn daher 1907 nicht ganz ein Viertel des landwirtschaftlich benutzten Bodens auf sog. „große Güter“ (Betriebe über 100 Hektar) entfiel, so besagt das noch nichts für die Verbreitung des Großgrundbesitzes in Deutschland. Denn einmal ist im Süden und Westen ein erheblicher Teil des Latifundienbesitzes in kleinen Parzellen verpachtet, so daß dieser Boden in der Betriebsstatistik den mittleren und kleinen Betrieben zugezählt ist. Und andererseits sind östlich der Elbe eine erhebliche Zahl von arden Betrieben mit gewaltigen Forstkomplexen in wenig Händen vereinigt. Gehörte doch nach einer Berechnung Conrads im Jahre 1883 nicht weniger als ein Fünftel der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Fläche in den östlichen Provinzen Grundbesitzern mit mehr als 1000 Hektar Eigentum.

Aber auch in den großen Städten und Industriebezirken finden wir ähnlich schädliche Auswüchse des Eigentums. Die wachsende Bevölkerung verleiht hier dem Boden Monopolwert und macht ihn zum Gegenstande einer volkschädlichen Bodenspekulation kapitalträchtiger Kongerne, welche im Boden lediglich ein Objekt zur Bereicherung sehen, und denen das Wohl und Wehe der Bevölkerung gleichgültig ist. Wenn dann Arbeiter, Angestellte und Beamte eine bescheidene Parzelle für einen Garten oder eine Heimstätte kaufen wollen, so sehen sie sich den unerhörten Forderungen der organisierten Spekulation gegenüber, die ihnen den Heimatboden verteuert. So wird auch hier der Boden zu einem Instrument der Ausbeutung, zu einer Rentenquelle.

Vergegenwärtigen wir uns diese Verhältnisse, so ist es klar, wie die Parole im Kampf um den deutschen Boden lauten muß: Sie muß heißen: Kampf dem Gewalteeigentum, dem Ausbeutereigentum, den überkommenen und neu begründeten Bodenmonopolen, aber Schutz und Förderung dem Arbeitseigentum!

Wie diese Reform im einzelnen durchzuführen ist, kann nur unter Berücksichtigung der verschiedenen Gestaltung der Bodenbesitzverteilung in Deutschland entschieden werden. Jedenfalls darf sie nicht zu einer Störung der landwirtschaftlichen Produktion führen. Es kann daher auch keine Rede davon sein, etwa die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die großen Güter wahllos zu enteignen oder aufzuteilen. Es gilt zu scheiden zwischen dem Großbetrieb und dem Großeigentum, das sich reinweg deckt. Wollte man den Eigentümer eines Großbetriebs enteignen, der seinen Betrieb selbst leitet, so würde man zugleich jemand aus der produktiven Arbeit herausreißen, der, wenn auch privilegiert, doch als Wirtschaftsleiter gesellschaftlich notwendige Arbeit leistet. Anders bei den obengenannten Latifundienbesitzern: wenn ihre Beamten und Pächter eines Tages die Gefälle und Pachten nicht mehr dem Bankkonto des Eigentümers, sondern dem Finanzamt überweisen würden, dann wäre lediglich der Bezahler der privaten Grundrente ersetzt durch die Volksgemeinschaft, die auf die Rente Anspruch hat.

Die sozialdemokratische Partei ist sich darüber klar, wie diese notwendige Neuordnung der Bodenbesitzverteilung, die in Deutschland bisher veräuht ist, zu erfolgen hat. Sie zweifelt nicht daran, daß die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihr folgen werden, wenn sie die Fahne erhebt zum Kampf für die Bodenreform.

Dollar 46 250!

Im heutigen offiziellen Devisenverkehr war das Geschäft verhältnismäßig rege bei steigenden Kursen. Der Dollar stellte sich gegen 1 Uhr auf 46 250! Im Effektenverkehr betätigte die Spekulation größere Rückkäufe in der Erwartung, daß nach Pfingsten eine allgemeine Geschäftsbekämpfung einsetzen werde. Besonders lebhaft waren die Umsätze in Bankaktien und verschiedenen Auslandsrenten, daneben blieben aber auch inländische Industriepapiere gesucht.

Die Frankfurter Gedächtnisfeier.

Heute abend, 8.50 Uhr, begeben sich die Berliner Teilnehmer an der Frankfurter Jubiläumfeier in einem Sonderzug nach Frankfurt a. M. An der Spitze nehmen teil: der Reichspräsident, der Reichsminister des Innern Dezer, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, voraussichtlich auch Reichswehrminister Dr. Gessler und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes. Der Reichstanzler und Reichsaussenminister sind durch die politische Lage verhindert, an der Feier teilzunehmen. Der Reichstanzler wird jedoch ein persönliches Handschreiben überreichen lassen. Von Preußen nehmen an der Frankfurter Feier teil: der Ministerpräsident Braun, der Innenminister Severing und der Landwirtschaftsminister Wendorf. Der Reichstag wird vertreten sein durch seinen Präsidenten Böbe und die Vizepräsidenten Bell und Kießer. Außerdem werden etwa 60 Abgeordnete der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sich nach Frankfurt begeben. Der Preussische Landtag entsendet seinen Präsidenten Leinert und circa 10 Abgeordnete. Als Vertreter des Reichswirtschaftsrates nimmt dessen Vorsitzender Seipart an den Feierlichkeiten teil. Die Delegation des Österreichischen Nationalrates trifft heute abend in München ein und wird sich von dort nach Frankfurt begeben.

Am Freitag vormittag um 11 Uhr findet im Alten Römer in Frankfurt die Begrüßung der rund 500 Gäste durch den Frankfurter Oberbürgermeister statt. Reichsminister Dezer und die Vizepräsidenten Bell und Kießer werden auf diese Begrüßungsansprache antworten. Um 2 1/2 Uhr nachmittags, zur historischen Stunde, begeben sich die Teilnehmer an der Feier in geschlossenem Zuge zur Paulskirche. Hier wird wieder der Oberbürgermeister das Wort ergreifen und der Reichspräsident erwidern. Um 4 Uhr findet dann auf dem Römerberg ein großes Fest statt, an dem auch der Republikanische Reichsbund teilnehmen wird. Die Berliner Teilnehmer an der Feier kehren bereits am Freitag abend wieder nach Berlin zurück.

Oberschlesische Hakenkreuzler.

Auch das bei Deutschland gebliebene Gebiet von Oberschlesien kommt immer noch nicht zur Ruhe. Der Selbstschutz und die Orgel, die dort von der Zeit der Abstimmungskämpfe her und auf Grund der scharfen nationalen Auseinandersetzungen für ihre Arbeit einen günstigen Boden haben, versuchen immer wieder, unter dem Deckmantel nationalen Abwehrkampfes gegen angeblich bevorstehende polnische Einfälle ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Die enge Verbindung zwischen Kossach und den Hitlerleuten in München und Oberschlesien sind zur Genüge bekannt. Auch bei den letzten Landtagswahlen, bei denen für die Deutschsozialen 26 000 Stimmen abgegeben wurden, zeigte es sich, daß die Hakenkreuzler in Oberschlesien immer noch einen günstigen Boden finden. Uns werden z. B. aus den letzten Tagen folgende Szenen geschildert:

Die illegalen Organisationen existieren immer noch. Sie hatten kurze Zeit offenbar Order, sich zurückzuziehen. Trotzdem von Polengefahr keine Rede mehr sein kann, sind sie frecher wie je zuvor. Am 1. Mai zog die Orgel in Hindenburg in Jügen von 20 bis 30 Mann durch die Straßen. Während des Umzuges der Arbeiter hielten die Banden an vielen Stellen den Bürgerkrieg befehl und provozierten. Die Arbeiter wurden geduldet, es wurde gerufen: „Hoch lebe der Gummitüppel.“ Das Schlafhaus „Ludwigsallee“ (Horsingwerk) war von der Orgel besetzt, die Bande rief: „Wollt ihr Arbeiterblut sehen?“ Nachdem sich der Rauminzug auf dem Wochenmarktplatz aufgelöst hatte, formierte sich dort die Hakenkreuzler und sangen das Lied von der Judenrepublik. Die Schupo griff nirgends ein. In das Hotel Hoffmann in Sosniza, wo die Arbeiterschaft abends feierte, drangen um 12 Uhr gegen 30 Mann mit Stahlhelmen ein. Mehrere Mann wollten in die tanzende Menge schießen, die Gewehre wurden ihnen zurückgeschlagen; die Einschläge sind in der Wand des Saales zu sehen. Die schwache Schupo machte alarmierte den Bahnschutz, der aber mit den Banden gemeinsame Sache machte und die Schupo angriff. In Gleiwitz zogen nachts Trupps mit dem Gesang von der Judenrepublik durch die Straßen. In Reuthen marschieren täglich schwerbewaffnete Trupps unter den Klängen der Judenrepublik, des Ehrhardtliedes und des Kossachliedes (Wigade Kossach geht jetzt vor) durch die Straßen. Vor einigen Tagen hat Rechtsanwalt Dr. F. Beuthen einen Oberwachmeister der

Schupo und einen Postbeamten, das Lied von der Judenrepublik zu unterlassen. Er wurde darauf von dem Anwärter durch Faustschläge ins Gesicht erheblich verletzt.

Befehlsbestell ist bei den ober-schlesischen Orgelchleuten die Erfindung bevorstehender Kommunistenputsche. Die Berliner Pressorgane der Kossach-Männer bekommen in regelmäßigen Abständen „Originaltelegramme“, in denen die baldige Ausrufung Oberschlesiens zu einer Kaiserrepublik als allerneueste Nachricht der staunenden Mitwelt verkündet wird. Verhaftungen von Betriebsräten, die sich gegen die Orgelprovokationen wehren, sind besonders beliebt. Der kürzliche Generalstreik zeigte zur Genüge, wie geladen die Stimmung in Oberschlesien noch ist. Hoffentlich trägt die Verstärkung der Schuppelizei von 1800 auf 3000 Mann dazu bei, endlich der Staatsgewalt die unbedingte notwendige Autorität zu verschaffen und die restlose Aufsüdigung aller geheimen Formationen auch in Oberschlesien wirklich durchzuführen.

Deutschfeindlicher Terror.

Königshütte, 17. Mai. (W.Z.) Heute nacht wurden in Königshütte sämtliche deutschen Firmenwörter zerhackt, abgerissen oder überschmier. Alle Schaufenster der Geschäftsstelle des Organs der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien, des „Oberschlesischen Kuriers“, wurden zertrümmert. Bereits vor dem Nationalfeiertag der Polen am 3. Mai war allen deutschen Kaufleuten die Zerstörung ihrer Geschäfte angekündigt worden, falls sie die deutschen Inskriften nicht entfernten. Fast alle Inskriften wurden daraufhin geändert, mit Ausnahme eines kleinen Restes, gegen den sich die Zerstörungswut in der letzten Nacht richtete.

Um die neue deutsche Note.

Blättermeldungen über die angeblich bevorstehende Abfassung der neuen deutschen Note treffen nicht zu. Die erste Zusammenkunft der Reichsminister nach dem Eingang der letzten Antworten auf die Note vom 2. Mai fand am Dienstag statt. Dabei handelt es sich nur um eine unverbindliche Aussprache, in der keine Beschlüsse gefaßt wurden. Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung und den Ressorts gehen vielmehr weiter. Nach dem bisherigen Stand der Dinge ist für die nächsten Tage noch keine Entscheidung zu erwarten.

Eine Liste ohne Kandidaten.

Prof. Kahl soll Berlin mit Bayern tauschen.

München, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das durch den Tod des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten v. Braun erledigte Mandat hat die zuständigen Parteinstanzen in Bayern in nicht geringer Verlegenheit versetzt. Bekanntlich haben die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben für die Juniwahl 1920 eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt, die mit Braun (Dnat.) und Prof. Kahl (D. Vp.) begann. Die Liste brachte es damals, wie vorausgesehen war, nur zu einem einzigen Abgeordneten, so daß Prof. Kahl sich noch an erster Stelle in Berlin aufstellen ließ und dann auch dort zu einem Mandat gelangte. Die Schwierigkeit, die sich nun für die Deutsche Volkspartei in Bayern und damit im Reich ergibt, besteht darin, daß sie laut einer Vereinbarung mit ihrem Bruder zur Rechtsanspruch auf das durch den Tod v. Brauns erledigte Mandat hat, tatsächlich aber keinen Kandidaten auf ihrer Liste mehr findet. Die Träger der meisten Namen jener demütigen Liste sind heute vollständig aus dem politischen Leben verschwunden und, soweit das nicht der Fall ist, handelt es sich um Männer mit ausgesprochen rechtsradikalen Sympathien strengster Art. Es sei hier nur an einen Herrn Eiden v. Biffing erinnert, der nun von Holland aus die Reichsregierung wieder beschimpfen mag, aber an Herrn Buttman, der rechte Hand des Herrn v. Inlander, ferner an den Herrn Tafel, der seit den Jahren 1921/22 zur Genüge bekannte Führer des bürgerlichen Rechtsblocks in Bayern. Dieser Mann, der heute in der deutschvölkischen Bewegung eine kleine Rolle spielt, wäre nämlich, als Dritter auf der Liste, der

eigenliche Nachfolger des Herrn v. Braun, was aber beide Inhaber der Liste, die Deutschnationalen und die Volksparteiler, niemals zu geben werden. Unter Bewilligung der Deutschnationalen hat sich nun die Deutsche Volkspartei an Herrn Kahl gewandt mit der Bitte, sein Berliner Mandat niedergulegen und dafür das von Oberbayern-Schwaben anzunehmen, so daß das schwierige Problem auf diese Weise gemeistert wird, wenn die Rechtsradikalen keine Schwierigkeiten machen.

Ablehnung der Saarnotverordnung.

Saarbrücken, 17. Mai. (W.Z.) Die sogenannte Notverordnung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Saargebiet lag nach beinahe vierwöchiger Wirksamkeit im Landesausschuss der gewählten Vertreter der Bevölkerung zur Begutachtung vor. Nachdem unter Hinweis auf die vor einigen Tagen gemeldete ausgiebige Debatte des englischen Unterhauses über den gleichen Gegenstand die Redner aller Fraktionen die moralische und rechtliche Unhaltbarkeit und Absurdität der Verordnung nachgewiesen hatten, gaben die Fraktionen einschließlich der Kommunisten folgende Erklärung ab: Sämtliche Parteien des Saargebietes lehnen es als unwürdig ab, zu der sogenannten Notverordnung ein Gutachten abzugeben.

Die sächsischen „Hundertchaften“.

Dresden, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung der Großen Zentrale der drei Dresdener Kreise wurde gegen wenige Stimmen der von dem Landesarbeitsausschuß empfohlenen Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrorganisationen mit der KPD. unter Anlehnung an die Parteioptionen zugestimmt. Auch der Bezirk Zwickau-Blauen sprach sich für die gemeinsame Bildung dieser Organisationen mit den Kommunisten aus. Die Entscheidung der Chemnitzer Organisation fällt heute, die Parteioptionen in Leipzig hat dagegen bekanntlich die gemeinsame Bildung proletarischer Hundertchaften abgelehnt.

Zentralausschuß der KPD.

Debatte über Annahme des Moskauer Friedensvertrages.

Auf der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der KPD. wurde nach kurzen Erklärungen von Brandler und Ruth Fischer der von uns bereits besprochene „Waffenstillstandsvertrag“ von dem verammelten Kriegsausschuß ohne Debatte akzeptiert. Auf Grund dieses Vertrages wurden in die Zentrale neu gewählt: Ruth Fischer, Geschle-Berlin, König-Dortmund, Thälmann-Hamburg. Die innere Festigkeit der KPD. ist also bereits so groß geworden, daß man sich scheut, der Öffentlichkeit die Debatten mitzuteilen, die selbstverständlich stattgefunden haben. Damit ist wohl zur Genüge bewiesen, daß ein solcher Vertrag nicht lange halten kann.

Echt Kade!

In der „Roten Jobst“ stellt Kade die große Zahl der Lustgänger-Demonstrationen bzw. Zuschauer bei der Niederführung der Leiche Worowski höchlichst lobend gegenüber, daß bei der Einäscherung des Genossen Martow angeblich nur hundert Menschen anwesend gewesen seien. (In Wirklichkeit waren es mehrere Hundert, die damals kamen, trotzdem ausdrücklich beschloffen worden war, die Feier im engeren Kreise abzuhalten.) Ueber Gelschmack soll man nicht streiten, besonders nicht mit einem Kade! Deshalb wollen wir uns auch nicht über den wahren Charakter der gestrigen Worowski-Demonstration auslassen — mit Rücksicht auf den Toten, der ihr zum Vornam diente. Aber die nachträgliche Verhöhnung Martows ist eine so bodenlose Gemeinheit, sie entspringt einer so niedrigen Gesinnung, daß wir uns damit begnügen müssen auszurufen: Hoch ein Glück und ein Stolz für die europäische sozialdemokratische Arbeiterschaft, daß sie einen Martow und keinen Kade! zu den Ihrigen zählt!

Positive Handelsbilanz in Amerika. Nach einer Meldung aus Washington erreichte es sich im Monat März trotz des amerikanischen Zolltarifs mit seinen hohen Zöllen zum erstenmal seit 1914, daß die Einjahre in die Vereinigten Staaten die Ausfuhr um ungefähr 840 Millionen Franken überstieg. Diese Bilanz erteilt in amerikanischen Regierungskreisen das größte Aufsehen.

Das verschlossene Paradies.

Von Hans Wesemann.

Vor dem Kriege sind wir Deutschen viel gereist, der Bildung wegen sagten unsere Professoren, und der andächtig stauende Boden-deutigen in den Florentiner Uffizien oder am Bierwaldstätter See als Gefangener auftretend, mit nachfolgendem Bierstol, war in der internationalen Reisezeit ein gern gesehener Gast und ein immer dankbares Objekt für die Witzblätter.

Das hat sich nun leider alles sehr geändert. Wir sitzen in unserem engen Belegungsraum und kommen nicht mehr raus, und höchstens im Kino können wir noch die schönen Gesichter bewundern, zu denen früher jedes bessere Hochzeitspaar Lustwanderte. — Kommt man aber durch einen glücklichen Zufall einmal nach Neutralien, so ist es erst recht nichts, wie man es etwa im badischen Bahnhof in Basel erleben kann.

Besogter Bahnhof liegt auf schweizerischem Gebiete und vermittelt den Durchgangsverkehr vom Oberrhein nach Böhren. Man fährt eine ganze Weile immer mit dem Bilde auf den Rhein und darüber hinweg auf zahllose kleine Schwärzer Städte und Dörfer, alles sehr leber, sauber und wohlhabend aus, und man gibt sich völlig der Illusion eines sorglosen Auslands hin, dem man für kurze Zeit als Gast angehört. Aber dann fährt der Zug in den großen grauen Bahnhof, gerade nachdem er noch einen kleinen Blick auf Basel gewährt hat, — und alles ist vorbei.

Zwar sieht man überall zugewandte Schwärzer Beamte, es ist direkt empörend, wie gesund alle diese braven Leute aussehen, und auf dem Bahnsteig ist ein Büffel mit herrlichen Sachen, Schinkenbrötchen, Wein, Süßbrühen und Delikatessen, deren Namen wir schon längst vergessen haben, aber eine kleine freundliche Papptafel belehrt uns, daß alle diese netten Dinge nur für Schweizer Geld zu haben sind oder für deutsches Geld zum Tagesturse, und entkennungswillig greift man wieder zur Margarineflasche.

Draußen taucht das Leben der großen reichen Stadt, man ahnt ihre Gesundheit und starke Lebenskraft, es mühte tödlich sein, nur eine Stunde lang dort spazieren zu gehen und alle ihre Herrlichkeiten zu genießen, die, ihren Bewohnern alltäglich, uns ein paradiesisches Glück wären.

Doch es ist nicht gut, daß der Mensch vermessenen Träumen nachhängt, und darum hat eine hohe Obrigkeit den ganzen Bahnhof mit Milchglasfenstern versehen, die jeden Blick in die Freiheit abweisen, und man sitzt sich, Kellert geduldig wieder in den klapperigen Vorkabine, sieht noch einmal neidisch, aber ergeben nach dem D. Zug Amsterdam — Zürich und fährt zurück ins liebe alte arme Deutschland.

Man denkt dabei an den letzten Artikel im „Generalanzeiger“, der beweist, daß wir alle ein armes, aber dafür einiges Volk von Brüdern sind und empfinden einen tiefen Trost bei dem Gedanken, daß es allen Deutschen schlecht geht.

Der Zug rollt durch endlose Anlagen, Kohlenkippen, dahinter grünen Gärten und schmude Landhäuser. Und plötzlich ragt über einem Kohlenlager ein riesiges Schild: Hugo Sinnes. Man sieht es gleich: der hat hier Heimatsrecht — aber wir müssen weiter. Deutschland ist doch ein sehr armes Land!

Die Oberschulräte.

Im Hauptausschuß des preussischen Landtags ist bei der Besprechung des Entwurfs „Höhere Schulen und Provinzialschulkollegium“ darüber gestritten worden, daß diese Schulbehörden den Aufgaben der neuen Zeit nicht mehr gewachsen seien. Ein Abgeordneter hat bemerkt, daß die Oberschulräte häufig den Geheimratsstatus in nicht angenehmer Form darstellten und kein Verständnis für die pädagogischen Probleme und Notwendigkeiten der Zeit besäßen. Dieser Abgeordnete war kein Sozialist, kein bürgerlicher Republikaner, sondern — ein Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Nun kann man aber von den Provinzialschulräten, die zum größten Teil Monarchisten sind und treue Diener des alten Obrigkeitsstaates waren, nicht verlangen, daß sie jetzt als begeisterte Republikaner und entschiedene Schulreformer in ihrem Amte wirken. Der Staat kann es sich aber auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß sie ihren Einfluß in einem dem Geiste der neuen Zeit entgegengesetzten Sinne geltend machen. Dabei sind einem Oberschulrat 2 bis 3 Duzend Schulen, mehrere hundert Lehrpersonen und viele tausend Schüler unterstellt. Die preussische Regierung hatte in den Jahren 1919 und 1920 den unmittelbaren Staatsbeamten, die es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, dem neuen Staat zu dienen, Gelegenheit gegeben, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen, auch wenn sie nicht dienstunfähig waren und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Sehr wenige Beamte haben von dem in dieser Verordnung enthaltenen Rechte Gebrauch gemacht; ob es überhaupt ein einziger Oberschulrat getan hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Der preussische Landtag hat nach der Ermordung Rathenaus das Staatsministerium ersucht, die leitenden Stellen und die Personaleverträge in allen Zweigen der Verwaltung vor solchen Beamten zu übertragen, die „zuverlässige Vertreter der republikanischen Verfassung“ sind. Da sehr viele Beamte dieser Art gerade das Gegenteil sind, hat der Landtag das Staatsministerium ersucht, die Ministerialdirektoren, die Oberpräsidialräte und Ersten Oberregierungsräte in die Reihe der Beamten aufzunehmen, die einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können. Leider hat der Landtag hierbei nicht an unsere Jugend gedacht und die Mitglieder der Provinzialschulkollegien nicht in die Reihe dieser Beamten aufgenommen. Der Schaden, den ein monarchistischer, militaristischer Schulrat als Dezentner von 20 bis 30 Schulen anrichten kann, ist aber viel größer, unendlich viel größer als der Schaden, den der Staat durch Zahlung eines Ruhegehaltes erleidet.

In vielen Fällen wird es möglich sein, die Zahl der Stellen gleichzeitig mit der Versetzung eines Oberschulrats in den einstweiligen Ruhestand zu verringern. Der Geschäftsgang der Provinzialschulkollegien kann wesentlich vereinfacht werden. In vielen Kreisen der Bevölkerung versteht man es nicht, daß man den Beamtenabbau nur

bei den Beamten der unteren und der mittleren Befoldungsklassen vornehmen will, und nicht auch bei denen der oberen Befoldungsklassen.

Über selbst wenn man die Zahl der etatsmäßigen Stellen nicht vermindern will, ist doch das verhältnismäßig kleine finanzielle Opfer, das bei dem Stillstand absolut keine Rolle spielt, im Interesse der Befolgung der republikanischen Staatsform zu bringen. Haenisch hat es mit Recht in seiner Schrift „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ als ungeheuren Skandal bezeichnet, daß Lehrern, die aus ihrer republikanischen Gesinnung keinen Hehl gemacht haben, oft der Geschichtsunterricht entzogen worden ist.

Am besten wäre es, wenn die Schulräte, ähnlich wie in Hamburg die Schulleiter, nur auf Zeit ernannt oder gewählt würden. Wenn sich herausgestellt hat, daß jemand zum Schulrat ungeeignet ist, ist er als Lehrer weiter tätig. Ein Reaktionsärth erhält vorwiegend fremdsprachlichen Anfangsunterricht oder Unterricht im Rechnen und in Naturkunde in den unteren Klassen, da hierbei die Weltanschauung des Lehrers von untergeordneter Bedeutung ist. Dr. Erich Witte.

Eine internationale Luftverkehrs-Betriebsgemeinschaft. In diesen Tagen fand in München eine grundlegende Konferenz für Aufnahme des transeuropäischen Flugzeugverkehrs 1923 statt, an der die Schweiz, Bayern, Österreich und Ungarn teilnahmen. Nachdem man sich zuvor über Post-, Post- und Zollfragen geeinigt hatte, wurde als wichtigstes Ergebnis dieser internationalen Luftverkehrskonferenz die Gründung einer Betriebsgemeinschaft beschlossen. In die transeuropäischen Strecken soll auch München-Berlin-München mit einbezogen werden, vorausgesetzt, daß das deutsche Reichsverkehrs- und Finanzministerium Entgegenkommen zeigen. Der Sitz der Gesellschaft wird voraussichtlich Zürich sein, der Sitz der Hauptleitung hingegen in den Mittelpunkt der Linien nach München verlegt werden.

Angenehme „Bodengasse“. An der Rüste von Bretagne sind fünfzig aufgetaucht und haben unter der Fischerbevölkerung mit Recht große Beforgnisse hervorgerufen. Eines dieser Ungeheuer von 6 Meter Länge und 3000 Kilo Gewicht konnte zur Strecke gebracht werden; man ersieht schon aus diesen Ziffern, um was für unheimliche Geste es sich hier handelt. Den größten Schrecken wird das Auftauchen der Haie aber sicherlich in den westfranzösischen Seebädern und nicht minder in den englischen und französischen Bädern im Kanal auslösen; denn unter diesen Umständen wird sich sobald niemand den Fluten der See anvertrauen.

Die Berliner Sezession. Kurfürstendamm 222. Schließt Ihre Ausstellung am 2. Pfingstfeiertag, mittags 3 Uhr. Die Ausstellung ist auch am 1. Feiertag von 11-2 Uhr geöffnet.

Im Deutschen Overnhaus kollekt am 19. der Kammerlänger George Baklanoff als Nigolletto; die Gilda final Elie Hartmann vom Landestheater Braunschweig; den Herzog Jaro Zwerck. Musikalische Leitung: Ignaz Waghalter.

In die Hochschule für Musik hat der Kultusminister den Professor N. von Raab-Brodman (Gesangklasse) und Georg Kulenkampff-Poff (Violoncelle) berufen.

Das Programm Loucheurs.

Internationale Anleihe, Selbstverwaltung der Rheinlande und Kontrolle der linksrheinischen Eisenbahnen.

Paris, 17. Mai. (Ill.) Loucheur hat gestern nachmittags in Vincennes einen Vortrag gehalten, in dem er die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland auseinandersetzte. Deutschland muß, so sagte Loucheur, zugeben, daß es besiegt ist. Wir sind entschlossen, mit unserer Aktion bis zum Ende zu gehen. Wie aber, so fragt der Redner, kann man Deutschland zum Zuhören bewegen, nachdem es auf dem Weltmarkt aufgehört hat, eine Rolle zu spielen? Irgend jemand, so rief er aus, muß auftreten, um Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen.

Die internationale Anleihe muß zustande kommen.

Amerika, das sich abseits hält, macht eine schwere Krise durch. Amerika hat nur ein einziges Mittel: schleunigst seinen Ueberfluß auszuleihen, andernfalls wird es selbst seinem Verderben entgegengehen. Weiter erinnerte der Redner daran, daß die von Frankreich verlangten Ziffern vernünftig seien. Die Ruhrbesetzung sei ein Mittel und kein Selbstzweck. Die Ruhrbesetzung sei eine Garantie; sie werde nur in dem Maße aus der Hand gegeben, wie Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Hinsichtlich der Garantiefrage erklärte Loucheur: Das Garantieabkommen von Washington ist weder von Amerika, noch von England angenommen worden, und die Frage der französischen Sicherheit bleibt unbeantwortet. Auf dem linken Rheinufer müssen bestimmte Maßnahmen ergriffen werden. In Anzuegen ist nicht zu denken. In den rheinischen Provinzen muß

eine besondere Verwaltung

eingesetzt werden, damit sie der Oberhoheit Frankreichs entzogen werden. Außerdem ist eine Beaufichtigung der Eisenbahnen des linken Rheinufer durch eine internationale Körperschaft in Betracht zu ziehen. Loucheur versuchte dann klarzumachen, daß die Sicherung Frankreichs zugleich die Sicherung aller Länder und das mögliche Ende jedes neuen Krieges bedeuete. Hinsichtlich der Ruhrbesetzung erklärte er noch: Er sei nie damit einverstanden gewesen. Jetzt aber, da man im Ruhrgebiet sei, müßten alle politischen Parteien, welcher Richtung sie auch angehören, sich um die Führe scharen, die seit vier Monaten dort wehe.

Das internationale Kapital in Kleinasien.

Kontrolle der anatolischen Bahnen.

London, 17. Mai. (M.T.) „Daily Mail“ berichtet aus Konstantinopel, daß die Mehrzahl der Anteile der Bagdadbahn von einer englisch-schweizer Gruppe, an deren Spitze einer der Rothschilds stehe, aufgekauft worden ist. Diese Gruppe werde sofort die Ausbeutung der Bahn übernehmen. „Daily Mail“ zufolge verlautet in der Londoner City, daß nicht nur die Rothschilds, sondern auch eine der fünf großen englischen Banken an der Transaktion beteiligt sei, deren Ankaufsinteressen, wie mitgeteilt werde, 90 Proz. englisch seien. Das Inkrafttreten des Abkommens müsse notwendigerweise auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei warten und die tatsächlichen Bedingungen seien eng mit den Kaufmanns Erörterungen verbunden.

Weiter teilt mit, daß vor einigen Tagen ein Abkommen unterzeichnet worden sei zwischen einer starken britischen Finanzgruppe, die aus führenden Bankhäusern bestehe, und einer Schweizer Bank zwecks Erwerbung der Kontrolle der anatolischen Bahnen und der Zweiggesellschaften, nämlich der Linie von Halberstadt nach Konia mit der Zweiglinie nach Angora. Verhandlungen bezüglich des Betriebes der Eisenbahnen in der asiatischen Türkei seien seit 1910 im Gange gewesen zwischen der britischen, französischen und italienischen Gruppe. Aber diese Kombination sei Anfang dieses Jahres durch gegenseitige Uebereinkommen aufgelöst worden. Jetzt biete die britische Gruppe, obgleich sie in keiner Weise dazu verpflichtet sei, der französischen und der italienischen Gruppe weiterhin eine Beteiligung an.

Der englisch-russische Konflikt.

Paris, 17. Mai. (Gaa.) Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit Krassin. Dieser erklärte ihm: Ich hoffe, daß die Besprechungen über das Handelsabkommen nicht abgebrochen werden. Ich verberge nicht den günstigen Eindruck, den ich aus der Unterhausdebatte von gestern gehabt habe. Im übrigen habe ich, was man auch erzählen mag, Vollmachten, um hier zu verhandeln. Ich habe Lord Curzon noch nicht gesehen und werde ihm auch nicht eine Konferenz in der Art derjenigen von Genua vorschlagen, sondern einfach eine kleinere Zusammenkunft von Sachverständigen, um die Frage der territorialen Gewässer des Weißen Meeres und die Propagandafrage zu prüfen. Wir müssen uns verständigen, so erklärt Krassin. Man scheint Propaganda-Aktionen in Maßnahmen zu erblicken, von denen feststeht, daß es sich hier um ein einfache Schutzmaßnahme handelt, um unsere Sonderinteressen zu wahren. Auf die Frage, welche Folgen ein Bruch mit der Londoner Regierung voraussichtlich haben könne, antwortete Krassin, es sei Sache der englischen Regierung, ob sie vorziehe, daß Berlin oder London das Clearinghaus des russischen Handels in Europa wird. Mit Frankreich haben unsere Beziehungen keine Fortschritte gemacht. Solange Herr Poincaré seine Politik fortsetzt, wird sich hierin auch nichts ändern.

Devisenkurse.

	17. Mai		16. Mai	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
1 Holländischer Gulden	18154.50	18245.50	17790.50	17819.44
1 argentinische Papier-Bezo	16608.16	16781.86	16259.25	16340.75
1 Belgischer Franc	2678.80	2698.70	2603.47	2616.53
1 norwegische Krone	7501.20	7538.60	7381.82	7368.58
1 dänische Krone	8628.87	8671.68	8418.75	8391.25
1 schwedische Krone	12344.08	12405.94	12009.75	12180.25
1 finnische Mark	—	—	1266.82	1273.18
1 japanischer Yen	—	—	2194.50	2203.20
1 italienische Lira	2250.33	2270.67	2195.49	2206.51
1 Pfund Sterling	214711.57	215788.18	209475.00	210525.00
1 Dollar	46533.32	46766.63	45261.56	45488.44
1 französischer Franc	8122.17	8157.83	8018.48	8033.57
1 brasilianischer Milreis	—	—	4588.50	4611.50
1 Schweizer Franc	8428.87	8471.13	8159.55	8200.45
1 spanische Pesta	—	—	6882.75	6917.25
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	64.48	64.77
1 tschechische Krone	—	—	1368.58	1370.42
1 ungarische Krone	—	—	8.27	8.33
1 bulgarische Leva	—	—	865.08	866.92
1 jugoslawischer Dinar	—	—	477.80	480.80

Die Dachgeschosswohnung.

Die Wohnungsnot ist von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Die Zahl der neu errichteten Wohnungen deckt nicht den jährlichen Bedarf. Angesichts dieser Tatsache sollte man glauben, daß jede Maßnahme ergriffen werden würde, die es ermöglicht, neue Wohnräume rasch und billig zu schaffen. Solche Möglichkeiten sind in der bestehenden Hausform noch vorhanden. Durch Ausbau von Dachgeschossen, die häufig in früheren Jahren in raumverschwendender Weise angelegt worden sind, können noch manche Wohnungen gewonnen werden. Seit Kriegsende ist von der Stadtverwaltung auf diesem Gebiet auch bereits vieles geleistet worden. Wenn nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt werden konnten, so lag dies an den gesetzlichen Bestimmungen, die den Ausbau von Dachgeschossen nur für die Dauer von fünf Jahren zuließen und die ferner nicht gestatteten, daß Mittel aus der Wohnungsbauabgabe für derartige kurzfristige Wohnungen bereitgestellt werden könnten. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Magistrat bereits im Januar d. J. eine Eingabe an den Minister für Volkswohlfahrt gerichtet, um die fristlose Zulassung von Mietwohnungen in Dachgeschossen zu erwirken.

Jetzt geht eine Mitteilung durch die Presse, wonach durch einen Erlass des Wohnungsbauamts eine bedeutende Förderung des Ausbaues von Dachgeschosswohnungen zu erwarten sei und allerlei optimistische Betrachtungen über die Zahl der zu gewinnenden Wohnungen; die verhältnismäßige Billigkeit ihres Ausbaues und die Möglichkeit schneller Herstellung werden daran geknüpft. In Wirklichkeit haben die Dinge, wie uns vom Magistrat mitgeteilt wird, aber ein anderes Gesicht: Der Minister hat durch einen Erlass vom 3. März 1923 sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß im Jahre 1923 Dachgeschosse über das baupolizeilich zulässige Maß hinaus zu Wohnungen eingerichtet werden und hat auch gleichzeitig die Benutzungsdauer derartiger Wohnungen von fünf auf zwanzig Jahre, in Ausnahmefällen auch fünfundsiebzig Jahre, erhöht. Eine Befristung überhaupt ist aber nicht geeignet, den Ausbau von Dachgeschossen zu fördern, auch wenn sie mit einem langen Zeitpunkt für die Amortisation des Ausbaupapieres rechnet. Eine derartige Befristung wirkt immer abschreckend, auch auf die unternehmungslustigen Hausbesitzer. Ist die Amortisation des Eigenkapitals des Bauherrn bei einer Befristung schon zweifelhaft, so ist die Möglichkeit, daß die Beihilfebarheit zurückgezogen werden, vollkommen ausgeschlossen. Die Gemeinden haben also nur die Möglichkeit, den Ausbau mit Gemeindeförderungen aus ihrem Anteil an den Erträgen der Wohnungsbauabgabe zu unterstützen. Diese Stellungnahme des Ministers ist um so auffälliger, als unmittelbar nach dem Kriege Reichs- und Bundeszuschüsse auch für den Ausbau von Mietwohnungen in Dachgeschossen gewährt worden sind.

Unter den abmildernden Umständen kam eine besondere Förderung dieser billigen Art der Wohnungsherstellung durch den Erlass nicht erwartet werden.

Eine Roggenwertanleihe der Stadt Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Aufnahme einer Zehnmilliardenanleihe in Papierform in dem Augenblick beschlossen, als die Markt erneut ins Wanken geriet. Der Abfall dieser Anleihe ist daher auf absehbare Zeit nicht möglich, wenn man nicht auf eine Verzinsung zu etwa 15 Prozent hinaufgehen wollte. Ein solcher Zinsfuß würde die Stadt bei steigender Geldwertminderung bis zur Katastrophe belasten können. Die Stadt braucht aber Geld, um Arbeit schaffen zu können, um namentlich den Bau der Reichsbahn fertigstellen zu können. Die Finanzdeputation beschloß daher gestern, eine wertbeständige Anleihe bis zur Höhe von 10 Milliarden Papiermark nach augenblicklichem Werte auszugeben. Die Anleihe soll als 200 000-Zehner-Roggenwertanleihe auf den Markt gebracht und mit 5 Prozent verzinst werden. Die Wertgarantie dieser Anleihe können die städtischen Güter übernehmen, deren verpachteter Teil allein 81 000 Zehner im Jahr einbringt, während die Verzinsung nur 10 Zehner beanspruchen würde. Natürlich ist auch eine solche Anleihe wie jede in dieser Zeit schwerer Währung eine Spekulation. Sie wird aber gerade in Zukunft niemals so schwer auf der Stadt lasten können wie eine hochverzinsliche Papiermarkanleihe, weil sie in ihrem Zinsdienst immer in einer gewissen inneren Beziehung zu der Gesamtlage der Wirtschaft steht, während die Papiermark diese Beziehung völlig verlieren kann.

Der Markt für diese Anleihe dürfte auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ungünstig sein, zumal da der Kredit der Stadt Berlin trotz aller demagogischen Brecherei unerschütterlich ist. Nach der Vermögensübersicht, die die Finanzverwaltung eben der Finanzdeputation vorlegt, und die nach den Vorschriften des Vermögenssteuer- und Zwangsanleihegesetzes (Stand also für den 31. Dezember 1922) berechnet ist, betragen die Aktiva an Grundbesitz und Gebäuden allein 32 Milliarden, wozu an sonstigen Vermögensbeständen noch 11½ Milliarden treten. Die Passiva betragen demgegenüber nur 3½ Milliarden feste Schuld und 8 Milliarden schwappende Schuld, so daß selbst nach dieser vorsichtigen und inzwischen weit überholten Abschätzung ein Reinerwerb von 37,2 Milliarden bleibt.

Englische Pfunde.

Festnahme eines Millionenbetrugsdankens.

Auf der Rennbahn verhaftet wurde ein 33-Jahre alter, aus Leipzig gebürtiger Kaufmann Walter Bodow, den die Kriminalpolizei seit einem halben Jahre sucht. Bodow erlitt Ende Januar von der Firma, bei der er beschäftigt war, den Auftrag, einen Brief nach der Dresdener Bank zu bringen und dafür 102 englische Pfund in aushändigen zu lassen. Weil die Bank gerade nicht über Devisen genug verfügte, so erhielt er nur 20 Pfund. Den Rest sollte er in den nächsten Tagen holen. Am folgenden Tage erschien er wieder und fragte, ob er nicht die 100 Pfund in einem Scheck auf eine englische Bank bekommen könne. Dem Ausweg entsprach man. Bodow aber behielt ebenso wie die 20 Pfund auch den Scheck für sich, fälschte die Unterschrift eines Direktors und erhob den Betrag. Mit seiner Geliebten, mit der er die Wohnung teilte und die immer noch an ihm hing, obwohl er sie in seiner Eifersucht wiederholt mißhandelt hatte, verließ er Berlin und fuhr nach München und von dort nach Garmisch, wo er sich in eine schöne Villa einlogierte. Erst vor einigen Tagen kehrte er mit seiner Geliebten nach Berlin zurück. Als passionierter Welter ging er auch jetzt sofort wieder zu einem Rennen nach Hoppegarten, schloß aber, entgegen seiner Gewohnheit, seine Geliebte nicht ein, sondern nahm sie mit. Durch das Gebränge wurden sie getrennt, und beim Suchen fiel er einem Kriminalbeamten auf, der ihn nach einem Bildnis erkannte und festnahm. Von den 120 Pfund besaß er so gut wie nichts. Er hat im Spiel insgesamt verloren, in einer einzigen Nacht viele Millionen, und war in der letzten Zeit schon gezwungen, einen Teil der schönen Sachen, die er sich gekauft hatte, im Hotel für Schulden als Pfand zu lassen.

Faule Fische auf der Straße.

Man schreibt uns: Wie leicht man durch billige Fischkäufe von Straßenhändlern großen Schaden an Gesundheit, ja Leben haben kann, beweist folgender Fall: In der Weberstraße verlor der Händler Löniger 75 Pfund geräucherter Roggen zu 500 Mark das Pfund, die einen penetranten Salmisgeruch verbreiteten. Ich ließ, nachdem mein gekaufter Pfund sich als vollständig verdorben und ungenießbar erwiesen hatte, den noch vorhandenen Rest der Fische beschlagnahmen. Auf meine Nachforschungen stellte

sich heraus, daß der gewissenlose Händler 5 Kisten verdorbener Fische als Hühnerfutter bei dem Fischgroßhändler Jakob, Dirschstraße, zum Preise von 2500 M. gekauft hatte und nun jedes einzelne Pfund zu dem Wucherpreis von 500 M. verkaufte. Diese gewissenlose Handlungsweise stellt eine schwere Verletzung an unserem verdorbenen Volk dar, und eine drakonische Bestrafung ist hier am Platze. Das Publikum wird gut tun, seine Nahrungsmittelkäufe möglichst in realen Bodengeschäften zu tätigen.

Gefälschte Bilder.

Große Fälschungen von Bildern und Zeichnungen, durch die das Ansehen hervorragender deutscher Künstler, wie Max Liebermann, Stowog, Käthe Kollwitz u. a. im Auslande schwer herabgesetzt wurde, da es sich um Fälschungen plumpester Art handelte, beschäftigte heute in längerer Verhandlung die 6. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dymeforge.

Unter der Anklage des Betruges, der Unterschlagung und der Urkundenfälschung hatte sich der Maler Max Kothe-Karo zu verantworten. Der Angeklagte war ursprünglich Kamulus bei einem Maler, hat sich durch diese Beschäftigung einige Technik im Malen und Zeichnen angeeignet und hat nach dem Kriege selbst Bilder gemalt. Von einem Bekannten, einem Schulamtsbibliothekar Schönebeck, hatte er etwa 40 Bilder erworben, die er zum Teil restauriert hat, um sie dann gewinnbringend zu verkaufen. Inzwischen hat der Angeklagte einen großen Schwindel mit Inszeniert, indem er eine Genossenschaft junger Maler ins Leben rief. Es sollten Ausstellungen im In- und Auslande von jungen Künstlern veranstaltet werden. Aus dieser Gründung ging dann eine neue Gründung, die Deutsche Künstlerhilfe, hervor, mittels der es dem Angeklagten gelang, sich Geldsummen zu erschwindeln, die er für sich verbrauchte, da die ganze Organisation nur auf seiner eigenen Person beruhte. Er schickte dann in das Ausland durch Vermittlung der Genossenschaft Kollektionen von Zeichnungen und Bildern bekannter Maler und Zeichner. Diese Werke waren aber teils Kopien minderwertiger Art, teils seine eigenen Arbeiten, die er mit dem Namen des betreffenden Künstlers signierte. Den deutschen Künstlern wurde ein schwerer Vorwurf im Auslande gemacht, daß sie so minderwertige Arbeiten überließen. Schließlich hat Prof. Max Liebermann Strohentwurf gestellt. Der Angeklagte ist im allgemeinen gekündigt. Er verteidigt sich damit, daß er in schwere Notlage geraten war. Der gerichtliche Sachverständige Dr. Ludwig Hirsch hat den Angeklagten, der seit 5½ Monaten in Haft ist, auf seinen Geisteszustand untersucht. Er bezeichnet ihn als hochgradig nervös und minderwertig.

Gegen die neuen Mietzuschläge.

Protestkundgebung der Mieterorganisation.

Vom Mieterverband Gau Berlin im Bund Deutscher Mietervereine wird uns geschrieben:

Der erweiterte Vorstand unserer Organisation hat sich am Mittwoch mit der Frage der Mietzuschläge beschäftigt. Dabei wurde insbesondere scharfe Kritik daran geübt, daß die Hausbesitzer unmittelbar nach den erheblichen Mietererhöhungen für Mai geradezu ungeheuerliche neue Erhöhungen für Juni gefordert haben und daß die Behörde den Forderungen des Hausbesitzes in stetig steigendem Maße nachgab. Es wurde einstimmig beschlossen, am Sonntag, den 27. Mai d. J., eine große öffentliche Protestkundgebung unter freiem Himmel zu veranstalten und sofort die Vorbereitungen für einen Mietszahlungstreik zum 1. Juni d. J. zu treffen, falls zu diesem Zeitpunkt eine neue Mieterhöhung beschlossen werden sollte.

Der Rettungsdienst auf dem Tegeler See.

Der seit langem propagierte Gedanke der Unterhaltung von Rettungswachen an und auf dem fast ausschließlich von der wertvollen Bevölkerung Groß-Berlins besuchten Tegeler See, ist nunmehr der Verwirklichung nahe. Die Vertreter des „A.S.B.“, des „S.B.“, des „Deichm.“ und des Segler- und Motorboot-Klubs „Rige“, sowie des P.D.B., sämtlich zu Tegeler, haben sich zur Teilnahme verpflichtet. Damit bereits an den Pfingstfeiertagen der Rettungsdienst aufgenommen werden kann, veranlassen sich die beteiligten Mannschaften der angeführten Organisationen und alle Mitglieder, die noch bereit sind teilzunehmen, am Freitag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Sportheim „Olympia“, Tegeler, Spandauer Str. 30 (Ecke Brunostr.) zur Entstellung.

Dem toten Freunde.

Die Einäscherung des verstorbenen Parteigenossen Walded Kanasse findet erst am Sonntag, den 20. Mai, um 11 Uhr im Krematorium, Gerkstraße, statt. Eine Kreismitgliederversammlung des 5. Kreises (Friedrichshain), dem der Verstorbene angehörte, hat gestern beschlossen, daß die Genossen sich zahlreich an der Trauerfeier beteiligen. Seine Verdienste um die freiwirtschaftliche Bewegung und um die Parteiorganisation in Berlin werden im „Vorwärts“ noch eingehende Würdigung finden. So manchem freidenkenden Arbeiter hat Walded Kanasse die Grabsrede gehalten und den Angehörigen Trost spendet. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Trauerfeier für den so plötzlich Dahingegangenen eine wirkliche Kundgebung dankbarer Treue und proletarischer Solidarität werde.

Pauline Jubel, die treue Lebensgefährtin unseres Genossen Fritz Jubel, ist nach einem kurzen Krankenlager, 72 Jahre alt, gestorben. Genossin Pauline Jubel stammt aus Coswig bei Torgau an der Elbe, kam mit ihrem 16. Lebensjahr nach Berlin, war das erste Mitglied des Vereins von Frau Dr. Hoffmann gegründeten Arbeiterinnenvereins Berlin, trat später dem Frauen- und Mädchenverein bei, der dann wieder einging, und wurde 1907 Mitglied der Partei, da vorher den Frauen die Zugehörigkeit zur Partei verwehrt war. Im August dieses Jahres hätte die bis vor wenigen Wochen immer muntere Frau mit ihrem Mann das Fest der goldenen Hochzeit feiern können. Der unerwartliche Tod hat es nicht zugelassen. Tag und Stunde der Beisetzung bzw. Einäscherung werden noch bekanntgegeben.

Der Botanische Garten in Dahlem ist an beiden Pfingstfeiertagen dem allgemeinen Besuch von 8-7 Uhr geöffnet.

Letzte Staatliche Esperantofachprüfung in Berlin. In Berlin fanden kürzlich unter Leitung des Beauftragten des Esperanto-Instituts für das Deutsche Reich, Telegraphendirektor Behrendt, die ersten staatlichen Esperantofachprüfungen statt, die von den drei Teilnehmern bestanden wurden.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch übermäßig bewölkt, mit etwas Regen und ziemlich frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wahlfest, weltliche Schule! Heute, Donnerstag, 7½ Uhr, in der Aula des Reichsanstalts, Wilmersburger Allee, öffentliche Parteiverammlung gegen die Idee der Ostpreußen. Referent: Frau Oberlehrerin Dr. Wegscheider-Bogler.

5. Kreis, Friedrichshain. Freitag, den 18. Mai, 8 Uhr, Sitzung der Beamten-Verbandskommission bei Witzsch, Petersburger Str. 5.

Janagallisten, Gruppe Friedrichshain. Heute abend, 7¼ Uhr, bei Bogemann, Nordufer Str. 2, Diskussion über Rest 5 der Wähler- und Parteiverordnung.

Janagallisten, Gruppe Schöneberg. Freitag, den 18. Mai, 8 Uhr, im Rindhardt, Georgstr. 25. Vortrag von Dr. Kurt Bloch über: „Materialistische Weltanschauung“. Erscheinen aller Pfingsttagsteilnehmer unbedingt erforderlich.

Gewerkschaftsbewegung

Die Beamten und die Arbeiterbewegung.

Von einem Eisenbahnbeamten wird uns geschrieben:
Es dürfte angebracht sein, im Anschluß an die Emanzipation der Eisenbahnarbeiter auch mit einigen Worten der noch viel schwierigeren Emanzipation der Eisenbahnbeamten und -anwärter zu gedenken. Noch viel mehr als die Eisenbahnarbeiter standen die Beamten und -anwärter, die es werden wollten, unter dem Druck der wilhelminischen Staatsherrschaft.

Die über große Mehrzahl der Eisenbahnbeamten und -anwärter hatten sich auf dem Wege der etappenmäßigen Entwicklung aus dem Stadium der Hauptvereine und Fachgewerkschaften heraus über den Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten feinerzeit eine Art Kartellverhältnis unter den einzelnen Fachgewerkschaften, zur Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter" entwidelt. Hierzu brauchten sie einen Zeitraum von ungefähr vier Jahren, in welcher Zeit sie sich unter schweren inneren Kämpfen zu einem Programm durchdrangen, das sich in nichts von dem aller anderen "freien" Gewerkschaften unterscheidet, das aber die "parteiliche Neutralität" ganz besonders scharf betont.

Mit Gründung des "Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes", der dritten gewerkschaftlichen Säule der modernen Arbeiterbewegung und mit dem Eintritt der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter in diesen, ist die gewerkschaftliche Entwicklung des über großen Prozentsatzes der Eisenbahnbeamtenschaft — circa 250 000 Mitglieder — zu einem gewissen Endziel gekommen.

Wer nicht ein falsches Bild von der Mentalität und der Entwicklungsfähigkeit der deutschen Eisenbahnbeamten in politischer Beziehung gewinnen will, der muß den Verhältnissen frei ins Auge sehen. Nichts ist gefährlicher als den politisch noch unreifen Köpfen der entweder politisch indifferenten oder bei anderen politischen Parteien organisierten Eisenbahnbeamten und -anwärter gemissermaßen suggestiv die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie, über die gewerkschaftliche Organisation hinweg, beizubringen. Das kann zurzeit, wie die Dinge liegen, nur zu gewerkschaftlichem Zerfall und endgültigen politischen Indifferentismus führen.

Vom politischen Gesichtspunkt aus gesehen ist es eine erfreuliche Erscheinung, daß ein sehr großer Prozentsatz, in Sachsen sogar die Mehrzahl der in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten organisierten Beamten und -anwärter, der SPD. angehört. Ja, eine ganze Reihe tüchtiger Funktionäre der Partei stammen aus den Reihen der, wie oben genannten, gewerkschaftlich organisierten Beamten- und -anwärterschaft, und diese Entwicklung schreitet langsam, aber desto sicherer fort. Gute Republikaner, auf die im Augenblick der Gefahr für die Republik absoluter Verlaß ist, sind diese Eisenbahnbeamten, das hat schon der Kapp-Zug gezeigt. Wie sie sich im Ruhrkampf schlugen, ist über jedes Lob erhaben und ein Beweis für die Erfolge der gewerkschaftlichen vier Jahre. Ihren politischen Entwicklungsgang nicht zu stören und alle, auch die kleinsten gewerkschaftlichen und organisatorischen Fehler zu vermeiden, ist die Aufgabe ihrer Führer und die Pflicht jedes Parteigenossen, lassen uns diese, so aufnahmefähigen und intelligenten politischen Rekruten nicht für die große sozialistische Armee verloren gehen, oder wenigstens auf lange Zeit fern bleiben. In klarer Erkenntnis schrieb ja auch die "Metallarbeiterzeitung": "Die Gewerkschaftsbewegung selbst hat das Werk zu vollbringen. Und die mit ihr auch geistig eng verbundenen Angestellten und Beamten werden dabei unentbehrliche Helfer sein; denn diese beiden Gruppen bringen das Wissen und die Erfahrung, woran es der organisierten Handarbeiter für die großen Aufgaben gebracht." Ich möchte hinzufügen: — Und sie bringen mit die Kraft der gelebten, aber um so nachdrücklicheren Ruhe. R. F.

Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter.

Die Jahreshilfe des Verbandes der Fabrikarbeiter hielt am 13. Mai ihre Generalversammlung ab. Den Bericht erstattete der 1. Beauftragte W. Reimann. Der Ruhrkonflikt habe auch für die Berliner Arbeiterschaft eine ungünstige Situation geschaffen. Daraus komme, daß die Stellung der Unternehmer eine wesentliche Stärkung durch das Kabinett Cuno erfahren hat. Trotzdem war es möglich, alle Bewegungen ohne größere Streiks zu beendigen. In ausführlichen Darlegungen wurden die Maßnahmen der Gewerkschaften bei den öffentlichen Körperschaften gegen die immer weiter um sich greifende Arbeitslosigkeit erörtert. Reimann wandte sich heftig gegen die Art, wie die staatlichen Behörden für ihre Untätigkeit den Berliner Magistrat verantwortlich zu machen suchten, trotzdem er auf Drängen der Berliner Gewerkschaftskommission alles nur Mögliche getan hat. Auch bei der Hergabe der nötigen Gelder mache das Reich Schwierigkeiten, dabei sei gerade in Berlin die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten unbedingt dringend.

Infolge der Geldentwertung zeigt die Volkswirtschaft kein günstiges Bild, was zum Teil auf das Nachhinken der Währungsbeiträge hinter der Geldentwertung zurückzuführen ist. Ein Teil der Mitglieder drückte sich immer noch um den Grundsatz, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosenzahl ist der Mitgliederbestand gleich geblieben. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung anerkannt. Zur Annahme gelangten zwei Entschlüsse, deren erste besagt:

"Es besteht die Gefahr, daß die Mehrheit des Reichstages dem Arbeitszeitgesetz zustimmt, wenn sich nicht die Arbeiterschaft mit allen Mitteln dagegen wehrt. Proteste der Arbeitervertreter im Parlament allein genügen zur Abwehr nicht. Die Generalversammlung verlangt deshalb vom Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, daß er mit den Spitzen aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen die Verbindung aufnimmt, um die Beschränkungen des Achtstundentages im Gesetzentwurf zu bekämpfen und zu verhindern. Die Vorarbeiten zur Abwehr müssen sofort getroffen werden. Die wertvolle Bevölkerung ist über die Gefahr aufzuklären."

Die Vertreter der Berliner Mühlerei sind der Überzeugung, daß es bei einheitlichem und geschlossenem Vorgehen aller Organisationen gelingen muß, den uneingeschränkten Achtstundentag als wichtigste Errungenschaft der Revolution zu erhalten. Im Kampf um den Achtstundentag müssen alle Mittel der gewerkschaftlichen Organisationen angewandt werden."

Die zweite Entschlüsse betrifft die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und erklärt in dem vom Berliner Magistrat ausgearbeiteten und den Behörden in Staat und Reich unterbreiteten Projekten die gezielte Grundfrage und verlangt weitestgehendes Entgegenkommen in finanzieller Hinsicht.

Für diejenigen Erwerbslosen, denen Arbeit nicht beschafft werden kann, fordert sie ausreichende Erwerbslosenunterstützung.

Die Unterstützung der Kurzarbeiterunterstützung durch den Berliner Magistrat gibt immer noch zu Klagen Veranlassung. Von den städtischen Behörden werden sofortige Maßnahmen verlangt, um den berechtigten Klagen abzuhelfen.

Eine lebhafteste Debatte erregte sich bei dem Entschluß der Ortsverwaltung, die beiden Mitglieder Adam und Thäse, die dem Betriebsrat bei Kübler u. Co. angehören, wegen dauernder Verbandsabwendung auszuschließen. Die Debatte entrollte ein trauriges Bild, wie die beiden aus Parteilichkeit heraus nicht nur die eigene Organisation, sondern die gesamte Arbeiterbewegung schädigen. Schließlich wurde gegen 15 Stimmen

eine Entschlüsse angenommen, die Adam und Thäse aus dem Verbande ausschließt und von der Arbeiterschaft der Firma Kübler u. Co. erwartet, daß sie die beiden Arbeiterschädlinge von ihrer Spitze entfernt.

Lohnbewegung der Riffenmacher.

Von einer gut besuchten Versammlung der Riffenmacher am Mittwoch in den Andreaskälen wurde Stellung zur Lohnbewegung genommen. Der einleitende Bericht wurde von Landmann erstattet und von Sprung ergänzt. Aus den Reihen ging hervor, daß die dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossene Branche der Riffenmacher mit den Vertretern der Riffenmachervereinigungen zwecks gemeinschaftlichen Vorgehens bei einem Lohnkampf Beratungen gepflogen hat, die aber zu einem bestimmten Beschluß über ein gemeinschaftliches Vorgehen nicht geführt haben. In der folgenden, sehr gründlichen Aussprache wurde mitgeteilt, daß die Vertreter der Arbeitgeber bereit sind, am nächsten Mittwoch in Lohnverhandlungen einzutreten. Es wurde vorgeschlagen, die ursprünglich aufgestellte Forderung eines Stundenlohnes von 1800 M. auf 2000 M. zu erhöhen, weil sie durch die richtig gestiegene Leistung aller Lebensbedürfnisse inzwischen überholt worden sei. Außerdem soll von den Arbeitgebern ein Vorschuß in Höhe von 20 000 M., zahlbar noch vor den Ferien, gefordert werden.

Böse wies als Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes darauf hin, daß den Kollegen in der Riffenindustrie der Kampf nicht erspart bleiben werde. Aus dem Verhalten der Arbeitgeber lasse sich folgern, daß sie darauf rechnen, die "Bereinigung" werde beiseite stehen. Aus dem Kampf heraus dürfe sich aber die Geschlossenheit der Arbeiterschaft ergeben. Nötig sei, den Kampf so vorzubereiten, daß er mit Erfolg durchgeführt werden könne.

Gegen die aufgestellten Forderungen erhob sich kein Widerspruch. Der Vorschuß soll von den Vertrauensleuten angefordert und am Mittwoch soll mit den Arbeitgebern über die Regelung der Röhne verhandelt werden.

Die Ruhrspende aus Sowjetrußland.

Daß es den Bolschewiki bei ihrer Ruhrspende nicht so sehr auf die Unterstützung der Hungernden und Leidenden, als auf die politische Propaganda ankommt, beweist mit unzweideutiger Klarheit der in den amtlichen "Iswestija" vom 8. Mai veröffentlichte Bericht der aus Deutschland zurückgekehrten Delegierten der Roten Gewerkschaftsinternationale. Die Delegierten berichteten in der Sitzung der Exekutive am 7. Mai. Sie hoben nach dem ausführlichen Bericht vor allem hervor, daß die Verteilung des gespendeten russischen Getreides zur Hebung des Ansehens der — wohl kommunistischen — Betriebsräte geführt habe, weil die Verteilung in deren Händen lag. Die hochoffizielle Zeitung bemerkt, daß die Betriebsräte im Zusammenhang mit der Verteilung eine große politische Kampagne entfaltet haben.

Die Löhne für das Steinbergergewerbe betragen ab 10. Mai 1923 für Steiniger 1900 M., Steinbauer 1900 M., Rammer 1881 M., Hilfsarbeiter 1798 M. Die Akkordlöhne der Steinbauer erhöhen sich auf 27,46 Proz. Ferner sind die Arbeitgeber verpflichtet, für sämtliche Berufsgruppen 4 Proz. an die soziale Wohlfahrtskasse zur Abführung zu bringen.

Der internationale Kongreß der Seeleute, Sonderabteilung aus dem internationalen Verband der Transportarbeiter, hat gestern in London seine erste Sitzung unter dem Vorsitz von Robert Williams, dem Präsidenten dieses Verbandes, abgehalten. Neben Frankreich und Belgien war auch Deutschland durch einen Delegierten vertreten. Der Präsident begründete in seiner Eröffnungsrede die Forderungen der Seeleute.

Verantwortlich für den Text: Victor Schilf, Berlin; für Anzeigen: E. Glöckner, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Drei Schlager!!

Gut — billig — reell

- Jackett-Anzüge aus halbbaren Stoffen, in best. u. neufl. Farben 58000
- Jackett-Anzüge aus prima Stoffen, aus Wallerger gearh. Wolle 110000
- Jünglings-Anzüge Jodels u. Sportform, in allen Qualitäten u. Farbenbestimmung 48000
- Sport-Anzüge m. Grewel ab. lang. Halse, gelegene, feste Stoffe, la. Verarbeitung 118000
- Sommer-Mäntel aus modern verarbeit. mit Nadeln u. Gurt, a. gut. u. best. Stoffen 68000
- Covercoat-Paletots l. Sportform, a. einl. a. p. d. eleg. Maßstab, in best. Verarb. 78000
- Gummi-Mäntel aus gut. Stoffen mit best. Gummiierung gefolgt für Damen u. Herren 78000
- Herren-Hosen aus Wadstein u. gefolgt, Rammerstoff, besserer Qual. bis p. h. best. Maßstab 14000

Kardinen • Wäsche • Pelze

Damen-Mäntel
vom soliden bis elegantesten Modell
28000 38000 58000 78000
98000 125000 145000

Solange Vorrat reicht, Mengenrabgabe vorbehalten.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung ohne Preiszuschlag!
Riesenauswahl! Fahrtvergütung! Riesenauswahl!

Kleezewski
127 Wilmersdorfer Straße 127
Ecke Schillerstraße, erste Etage, am Bahnhof Charlottenburg
47 Boxhagener Straße 47
Ecke Holteistr., erste Etage, am Bahnhof Stralau-Rummelsb.

Arbeitsnachweisgesetz
mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER und W. DONAU
Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat im Reichsanwalt für Arbeitvermittlung
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Durchführung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3,25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 3

Gold Silber Platin Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Urmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Der gute **Kapitän-Kautabak**
ist in den meisten Zigarren geschäften erhältlich.
C. Röcker,
Berl. Lichtenberger Straße 22, Kst. 3661

Restehandlg. Haarpuder
Goltzstr. 2
L. Goltz
Korn- u. Samenstoffe, Seiden, Samt, sämtliche Futterstoffe bedeutend unter Preis

Quittungs-Marken
Vor 40 Jahren bekannt
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden, Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 27/60 Potsdamer Str. 118

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten
Zahngelisse zahlr. unüberbleibliche Preise
R. Felsko,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Wohnungsaustausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach u. u.wärts am schnellsten durch eine Anzeige im **groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen Unter der Rubrik "Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verbund mit d. "Groß-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverträge**. Bei allen Zeitungsänderungen und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanleiernahmestelle: **Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft** Jerusalemstr. 3/6 u. Fernsprecher: Dönhoff 310-3312

1923/JAHRESSCHAU DRESDEN
47 MAI/30.1923
Anstellung der Deutschen Industrie **Spielzeug • Sportgerät**
Über 100 Veranstaltungen aus allen Gebieten des Spiels und Sports
Gegenüber der Ausstellung:
Das neue Dresdner Stadion

Entzückende Modelle in Dameuhren
einfache und elegante, kaufen Sie vorteilhaft direkt in Ecksteins Uhrenfabrik, Invalidenstrasse 35 Ecke Chausseestraße, kein Laden, nur eine Treppe. Eigene Ump-arbeit.

Einkauf von Brillanten,
Berlin, Smaragde, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schanire, Neue Adalstr. 10a, im Laden.

Fahrtvergütung!

Eine Sensation! Eine Sensation!

Der Dollar steigt

meine Preise bleiben unverändert billig!

RIESEN-AUSWAHL!

Herren-Anzüge . 275⁰⁰⁰, 195⁰⁰⁰, 135⁰⁰⁰, **85⁰⁰⁰**
Jünglings-Anzüge 145⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, **58⁰⁰⁰**
Sommer-Schlüpfer . . . 145⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, **68⁰⁰⁰**
Gummi-Mäntel 185⁰⁰⁰, 135⁰⁰⁰, **85⁰⁰⁰**
Hosen 45⁰⁰⁰, 28⁰⁰⁰, 18⁰⁰⁰, **12⁵⁰⁰**

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmersdorfer Straße
an der Bismarckstraße.
Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Bei Einkauf Fahrtvergütung!